

*Rede von Jörg Tauss für die  
Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden der SPD-Karlsruhe-Land*

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank, dass Ihr heute Abend zu dieser Versammlung gekommen seid. Dass ihr trotzdem gekommen seid, obwohl bereits seit heute Nachmittag gemeldet wird, ich hätte meinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bereits offiziell erklärt. Angeblich hätte ich einen Brief an Ute geschrieben, wo das drin gestanden wäre. So ein Unsinn! Es gibt keinen solchen Brief, sondern das ist eine Meldung, die wurde frei erfunden und dann - trotz sofortigem Dementi - von Mitgliedern der Landtagsfraktion direkt positiv kommentiert. Damit waren alle Dämme gebrochen und ich war gezwungen, selbst Stellung zu nehmen.

Es ist keine einfache Zeit. Nicht für meine Frau, nicht für mich selbst, aber auch nicht für Euch und alle anderen in der SPD.

Das was da in den letzten Wochen gelaufen ist und heute einen neuen Höhepunkt erreicht hat, das ist mehr als nur „Mobbing“ auch aus den eigenen Reihen. Das kann man nicht anders bewerten, als der Versuch einer „sozialen Exekution“.

Eigentlich wollte ich mich heute Abend vor Euch erstmals erklären und Euch die Gelegenheit geben, zu meinen Überlegungen ehrlich Stellung zu nehmen. Offensichtlich haben einige in Stuttgart aber zu große Angst vor Euch und dem Votum der Basis unserer Partei, als das sie das hätten abwarten wollen. Da haben die sich wohl gedacht – „schießen wir halt mal ins Blaue, bleibt auf jeden Fall was hängen. Der ist schon gestolpert, den bringen wir jetzt ganz zu Fall.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

ja – ich habe Mist gebaut: Ich habe geglaubt, bei einem Thema, mit dem ich mich seit 1994 beschäftige, auf eigene Faust Recherchen machen zu können, ohne deswegen angreifbar zu sein. Ich habe gemeint, dass eigentlich jedem klar sein sollte, dass jemand, der sich seit 14 Jahren mit der Bekämpfung von Kinderpornographie beschäftigt, selbstverständlich auch in Kontakt mit dieser „Szene“ gerät. Und ich hätte nie für möglich gehalten, dass mir allein schon der Umstand, dass bei einer Recherche über die tatsächlichen Vertriebswege natürlich auch einschlägiges Material anfällt, zum Vorwurf gemacht wird. Würde dem für die Bekämpfung von Rechtsradikalismus zuständigen Abgeordneten unterstellt werden selbst ein Nazi zu sein, wenn man bei ihm zu Hause verbotene Nazi-Literatur finden würde?

Dennoch: Ich glaube weiterhin daran, dass es Sinn macht, wenn ein Abgeordneter sich gerade bei problematischen Themen auch auf eigene Erkenntnisse stützen kann.

Manche wollen mich diesbezüglich offenbar falsch verstehen. Daher noch einmal ganz klar: Es ging mir nicht um die Frage, ob es diese schlimmen Bilder und Filme gibt oder was dort gezeigt wird. Es ging mir darum herauszufinden, ob tatsächlich Kinder aus kommerziellen Gründen zum Missbrauch vor der Kamera angeboten werden und wie heute die wirklichen Vertriebswege von Kinderpornographie laufen. Ich war der Meinung, dass dem Internet aufgrund der vielfältigen gesetzgeberischen Maßnahmen, an denen ich selbst beteiligt war, dieses heute nicht mehr in dem Maß wie vor 10 Jahren unterstellt werden darf und vor allem keine weiteren freiheitsbeschränkenden Maßnahmen begründen kann.

Als Ergebnis meiner Recherche sah ich mich in meiner politischen Überzeugung bestätigt, dass sich die „Szene“ immer mehr aus dem Internet wegverlagert und heute für den Vertrieb lieber Telefonchats, Handys und den Postweg nutzt. Und dass die vieldiskutierten „Kinderpornoringe“ offenbar eher ins Reich der Phantasie gehören, als ins Zentrum gesetzgeberischer Debatten.

In letzter Zeit habe ich diesbezüglich immer wieder die Meinung gehört, „Für so etwas sei ausschließlich Polizei und Justiz zuständig.“

Ich halte das weiter für falsch!

Es gibt eine Verantwortung des mündigen Bürgers. Diese kann man nicht in alter Obrigkeitstaatenmanier im nächsten Polizeirevier abgeben: Jeder von uns ist gefordert, Verbrechen wie den Missbrauch von Kindern aktiv zu bekämpfen oder zu vereiteln. Und nicht nur sie, sondern jede Form von Verbrechen, gerade gegen Kinder!

Für einen engagierten Volksvertreter ergibt sich daraus die Pflicht, sich eine eigene Meinung zu dringenden gesellschaftlichen Problemen zu bilden. Und ich bleibe dabei: Gerade bei einem schlimmen Thema wie Kinderpornographie darf sich das Parlament nicht allein auf die Auskünfte der Exekutive verlassen. Vor allem, wenn man wie ich das BKA, Frau von der Leyen und einige Andere im Verdacht hat, einen schlimmen politischen Missbrauch mit dem Missbrauch von Kindern zu betreiben: Aktuell, um schon rein technisch sinnlose Sperren im Internet durchzusetzen, aber auch um weitere Gesetze zu begründen, die Deutschland immer stärker zum Überwachungsstaat werden lassen können. Das was dazu gerade diese Woche im Kabinett beschlossen wurde, sehe ich als weiteren Schritt in diese Richtung an.

Um darüber informiert und kompetent als Journalist berichten zu können oder als Politiker zu entscheiden, wird man nicht umhin kommen, sich auch in diesen übel

riechenden Sumpf begeben zu müssen. Dass man dabei in ihn hineingezogen werden kann, ist das Risiko, das sich jetzt in meinem Fall leider realisiert hat. Ich denke, mein negatives Beispiel wird aber leider dazu führen, dass sich auf absehbare Zeit kein Parlamentarier mehr mit diesem Thema auseinandersetzen wird. Jeder kritische Wortbeitrag zum Thema Kinderpornographie kann ab sofort unter Verdacht gestellt werden.

Es gibt viele – auch von denen – die diese Ansicht teilen, die sagen: „Jörg, Du stündest viel besser da, wenn Du jemanden vorher Bescheid gegeben hättest, dass Du in dem Bereich recherchierst.“ Ich muss selbstkritisch sagen: Das mag sein. Ich dachte jedoch, meine Mitarbeiter dürften sich daran gar nicht beteiligen und ich wollte sie damit auch nicht belasten. Jeder der sich damit beschäftigen muss, wird bestätigen können, dass Kinderpornographie schlichtweg verabscheuungswürdig ist und für normale Menschen einfach nur zum „Kotzen“ ekelhaft ist.

Dennoch: Ich glaube, in meinem konkreten Fall hätte es nicht geholfen, selbst wenn ich meine Absichten vorher bei einem Notar schriftlich hinterlegt hätte.

Um Euch die Situation zu schildern: Am Donnerstag vor zwei Wochen wurde mir gegen 12:30 Uhr mitgeteilt, man habe meine Immunität aufgehoben und wolle meinen Wohnungen und Diensträume durchsuchen. Da bauten sich bereits ein Dutzend Kamerateams auf und es erschienen Online die ersten, offensichtlich vorbereiteten, Berichte. Ich bekam nur wenige Minuten Zeit für eine kurze Stellungnahme, bei der ich versucht habe, klarzustellen, dass ich unschuldig bin. Um 15:45 Uhr begann die Durchsuchung meiner Dienstwohnung. Bereits wenige Minuten vorher begannen die Nachrichtenagenturen zu melden, die Staatsanwaltschaft sehe ihren Verdacht „erhärtet“ und dann – noch während der Durchsuchung – man habe „einschlägiges“ Material beschlagnahmt und jetzt wäre „alles klar“. Ab dann begannen die Rücktrittsforderungen und es war mir sofort bewusst, dass ich Schaden von Fraktion und Partei abwenden und umgehend meine Ämter zur Verfügung stellen muss – selbst wenn die Staatsanwaltschaft sehr rasch erklären würde, dass ich Unschuldig bin. Was allerdings aufgrund der Stellungnahmen des Sprechers der Staatsanwaltschaft nicht zu erwarten war.

Als ich das nach Abstimmung mit meiner Fraktionsführung und unserer Landesvorsitzenden am nächsten Morgen öffentlich gemacht habe, sahen das viele bereits als Schuldeingeständnis an und es begann ein öffentliches Kesseltreiben, das ich meinem schlimmsten Gegner nicht wünschen will. Und als ich mich am 11. März 2009 erstmals öffentlich zu den Vorwürfen äußern konnte, da merkte man vielen Gesichtern an, dass es ihnen völlig egal ist, was ich erkläre – für sie war ich bereits schuldig.

Um es klar zu sagen: Die meisten Medien haben sich – anders als so mancher Genosse besonders aus den Reihen unserer Landtagsfraktion – in meinem Fall sehr um eine differenzierte Darstellung bemüht. Dennoch habe ich Äußerungen gelesen, wie „Tauss muss beweisen, dass er unschuldig ist“ oder es wäre Sache der Ermittlungsbehörden, zu entscheiden, ob ich strafbar sei oder nicht. Wenn solcher Unsinn allerdings aus dem Mund von examinierten Juristen kommt, dann sollte man ihnen im Nachhinein die Zulassung entziehen!

Allein, ein tägliches Trommelfeuer solcher Vorwürfe aus der Landtagsfraktion und ihre mediale Multiplikation beschädigt mich tatsächlich, aber auch die Partei, die man zu schützen vorgibt. Vor allem dann, wenn die schlimmsten Vorwürfe nicht einmal von den Ermittlern, sondern aus den eigenen Reihen kommen und dies völlig unabhängig von der Frage, ob ich rechtmäßig gehandelt habe. Mit Staatsanwälten kann ich mich mit Hilfe von Anwälten juristisch darüber auseinandersetzen, bei solchen „Parteifreunden“ hat man aber keine Chance!

Ich möchte mich in diesem Kontext daher ausdrücklich bei den Genossinnen und Genossen bedanken, die Ruhe bewahrt haben und die nicht nervös „herumschwätzen“. An erster Stelle bei unserer Landesvorsitzenden Ute Vogt! Viele von Euch, aber auch im Landesvorstand und in der Bundestagsfraktion, haben gesagt: „Jörg das stehen wir gemeinsam durch und das wird rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfs auch rum sein“. Das hat mir in den letzten Wochen Mut gemacht und Kraft gegeben.

Ich habe am Montag ein langes und gutes Gespräch mit der Staatsanwaltschaft geführt. Ich bin da mit dem Gefühl rausgegangen, sehr fair behandelt worden zu sein. Dass die Staatsanwaltschaft jetzt nicht im Anschluss an ein solches Gespräch sagen wird: „Alles klar, Sache erledigt“, müsste eigentlich jedem verständigen Menschen klar sein. Die Auswertung der sichergestellten Datenträger und Speichermedien dauert an und dafür kann sich die Staatsanwaltschaft jede Zeit nehmen, die sie für nötig hält.

Dennoch wird seit Montag wieder in einer Aufgeregtheit darüber in der Partei gesprochen und in der Presse berichtet, die mich befürchten lässt, dass es viel zu vielen egal ist, wie die Sache denn nun in einigen Wochen und Monaten ausgeht.

Ich meine, es muss einen Unterschied machen, ob jemand schuldig oder unschuldig ist. Auch in der Politik und gerade in der SPD! Wir sind eine Partei, die sich für Bürgerrechte und den Rechtsstaat einsetzt. Gegen Obrigkeitstaatlichkeit und Freiheit. Für Solidarität und Gerechtigkeit! Eigentlich dürfte es meines Erachtens niemanden geben, der von einem Beschuldigten verlangt, er müsse „seine Unschuld beweisen“.

Ich habe das Gefühl, manche wünschen sich in meinem Fall eine Art „Gottesbeweis“ zurück. Mit Steinen an den Füßen in den Rhein werfen und schauen, ob er untergeht. Dann ist er unschuldig gewesen. Wenn er oben bleibt, lebt er zwar noch, ist aber schuldig, weil es mit dem Teufel zugehen muss.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch wenn ich in dieser Sache selbst Betroffener bin, bin ich doch genug Politiker und Realist, um zu erkennen, dass Winfried Hassemer, der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, recht hat, wenn er sagt: „In einer Mediengesellschaft ist oft das Ermittlungsverfahren schon die Strafe.“

Die Vor-Verurteilung die ich in einem Teil der Öffentlichkeit erfahre, ist so extrem, dass sie meines Erachtens völlig außer Verhältnis zu dem Vorwurf der Ermittler steht. Das bleibt nicht ohne Wirkung, auch nicht auf diejenigen unter Euch, die mir schon in den letzten Tagen klar zu erkennen gegeben haben, dass sie eigentlich der Meinung sind, ich sollte weiter für den Bundestag kandidieren.

Ich glaube aber, dass wird nicht möglich sein. Die Staatsanwaltschaft ist Herrin des Ermittlungsverfahrens und ich kann nicht ausschließen, dass in der Zeit, in der die Ermittlungen andauern, wieder irgendein Boulevardmagazin so viel Geld und Informationen zusammenbringt oder sich notfalls einfach ausdenkt, das jeden Erfolg im Wahlkampf zunichte macht. Selbst mein Engagement für Weißrussland wird inzwischen als verdächtig inszeniert.

Selbst wenn ich am Ende völlig freigesprochen würde, ist meine Karriere als Bundestagsabgeordneter damit am Ende.

Liebe Genossinnen und Genossen,

manche haben darauf gedrängt, ich hätte den Verzicht auf meine Kandidatur schon viel früher erklären sollen und nicht erst heute. Ich habe das bewusst nicht getan. Ihr seid diejenigen, die mich in mehr als 20 Jahren immer gestützt oder auch kritisch begleitet haben. Wir haben zusammen Erfolge gefeiert und Niederlagen verkraftet und Ihr seid es, die mir wirklich wichtig sind, weil ich auch weiter mitten unter Euch leben und arbeiten will.

Manchen wird auch das nicht reichen. Wahrscheinlich erwarten sie von mir den Mandatsverzicht und danach eine rituelle Selbstentleibung mit anschließender Witwenverbrennung. Das hat dann aber andere Gründe und mit dem Vorwurf, dem ich mich stellen muss, nichts mehr zu tun. Daher werde ich das auch nicht tun. Von keinem Menschen kann erwartet werden, dass er wegen eines bloßen Verdachts und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft direkt bei seinem Arbeitgeber die Kündigung einreicht, wenn er der Meinung ist, kein Unrecht getan zu haben. Wer das aber von

**REDEMANUSKRIFT – Sperrfrist beachten! SPERRFRIST: 26. März 2009, 20:00 Uhr!**  
**Es gilt das gesprochene Wort.**

einem Politiker erwartet, bringt damit lediglich zum Ausdruck, dass er Abgeordnete eigentlich nicht mehr als Menschen ansieht.

Ich habe es in den vergangenen Wochen bewusst vermieden, mich in der Öffentlichkeit den Fragen der Presse zu stellen, weil ich mich zuerst Euren Fragen stellen wollte. Dazu werde ich Euch auch in den nächsten Wochen zur Verfügung stehen, jederzeit im persönlichen und vertrauensvollen Gespräch.

Es tut mir leid, dass wir den sicheren Listenplatz für diesen Wahlkreis, den ich mir erarbeitet habe, zurückgeben müssen. Es geschieht aber zum Besten der Partei insgesamt und dem Erfolg, für den wir weiter gemeinsam in den Wahlen dieses Jahres und der kommenden Jahre kämpfen wollen!